

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Julia Herr,
Genossinnen und Genossen

betreffend Schutz der heimischen Wasserversorgung

eingebracht im Zuge der Debatte über den Bericht des Umweltausschusses über den Bericht des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft betreffend Leistungen der Umweltförderungen im Bereich der Wasserwirtschaft 2017-2019 und 2020-2022 – Evaluierung des Bundes (III-1081/2540 d.B.)

Österreichs Reichtum an sauberem Trinkwasser gehört zu den größten Schätzen unseres Landes. Doch auch bei uns macht sich die Erderhitzung bereits durch weniger Niederschläge und einen höheren Bewässerungsbedarf bemerkbar. Die Gletscher schmelzen, Wasserpegel sinken. Damit einher geht der Kampf um das Trinkwasser zwischen Konzernen, die das Geschäft ihres Lebens wittern, und der Bevölkerung, die ein Recht auf sichere und kostenlose Trinkwasserversorgung hat.

Neben dem Schutz vor Privatisierung braucht es dringend Förderungen für die Gemeinden zur Sanierung der Wasserleitungen und eine europaweite wie nationale Wasserstrategie. Wir müssen unser Wasser vor den Folgen der profitgetriebenen Erderhitzung schützen. Wasser ist für alle da. Es ist Aufgabe des Staates, dafür zu sorgen, dass die Trinkwasserversorgung gesichert ist.

Die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser ist vorrangig und muss ein öffentliches Gut bleiben. Selten zeigt sich die Notwendigkeit des Schutzes unseres Wohlfahrtsstaates so deutlich wie in der Frage, wie wir unsere Wasserversorgung schützen – vor den Auswirkungen der Erderhitzung ebenso wie vor der Profitgier privater Investoren.

In Zukunft werden wir aufgrund der Hitze weniger Grundwasser zur Verfügung haben, während gleichzeitig unser Wasserbedarf steigen wird. Wir müssen jetzt vorsorgen, um das beste Wasser auch in Zukunft zu garantieren und Nutzungskonflikten vorzubeugen. Dafür benötigen wir ausreichende Förderungen zur Sanierung der Wasserleitungen, den freien Zugang zu Wasser bei Hitze im öffentlichen Raum, verlässliche Daten zum Wasserverbrauch und eine Reduktion von Pestiziden und Nitraten in unserem Grundwasser.

Zuallererst braucht Österreich Investitionen in die Infrastruktur. Die heimischen Wasserleitungen sind in die Jahre gekommen. In Österreich liegt die durchschnittliche Wasserverlustquote bei rund 16 Prozent der ins Rohrnetz eingespeisten Wassermenge. Rund ein Drittel der öffentlichen Trinkwasserleitungen in Österreich (das sind ca. 26.000 km) sind älter als 50 Jahre.¹ Diese Leitungen haben somit ein Alter erreicht, ab dem entsprechende Sanierungsmaßnahmen erforderlich sind. Der Rechnungshof ging 2020 von einer Verdreifachung des Investitionsbedarfs bis zum Jahr 2030 aus, sodass allein für die Trinkwasserversorgung knapp 600 Millionen Euro

¹ BMLRT: Leistungen der Umweltförderungen im Bereich der Wasserwirtschaft 2020-2022, S.17.

pro Jahr benötigt werden. Dem steht das viel zu geringe Förderbudget des Bundes gegenüber: Im Jahr 2022 gab es für die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 80 Millionen, im Jahr 2023 immerhin 130 Millionen (wegen einer Sondertranche für 2023/2024 in Höhe von 100 Mio. Euro), von 2024 bis 2028 sind regulär 100 Millionen Euro pro Jahr vorgesehen.

Was dringend fehlt, ist eine Wasserstrategie. Aufgrund der voranschreitenden Klimakrise steigt in der Landwirtschaft der Bedarf an Bewässerung. Alle verfügbaren wissenschaftlichen Szenarien weisen auf einen sich verschärfenden Konflikt bei der Trinkwassernutzung hin. Denn einerseits wird der jährliche Wasserbedarf in Österreich durch Bevölkerungswachstum und Klimaveränderung stark ansteigen – von derzeit 753 Millionen Kubikmeter Wasser auf bis zu 850 Millionen Kubikmeter im Jahr 2050. Gleichzeitig verschärft sich die Situation beim Grundwasser: Bis 2050 wird es in Österreich aufgrund der Klimakrise um bis zu 23 Prozent weniger Grundwasser geben, sagt eine Studie des Umweltbundesamtes. Hier ist die schwarz-grüne Regierung ebenfalls säumig. Youunion – Die Daseinsgewerkschaft und NGOs wie Greenpeace kritisieren, dass der „Trinkwassersicherungsplan“ des Landwirtschaftsministers „keine einzige konkrete Maßnahme [enthält], die die Situation tatsächlich verbessert“ und bezeichnen ihn als wirkungslosen „Papiertiger“.

Ein Problem ist auch die schlechte Datenlage. Denn nur mit verlässlichen Daten können Wassereinsparungen und vorausschauende Planungen vorgenommen werden und somit Nutzungskonflikten vorgebeugt werden. Die Feststellung, dass es keinen wirklichen Überblick über die Datenlage gibt, stammt direkt aus dem Bericht des Landwirtschaftsministeriums „Wasserschatz Österreichs“: „Für die Landwirtschaft ist aufgrund der lückenhaften Datenlage die durchgeführte Abschätzung [des Wasserbedarfs] mit Unsicherheiten behaftet.“² Der Rechnungshof empfiehlt daher ein digitales Melderegister für tatsächliche Wasserentnahmen einrichten³. Auch in der eigenen Klimawandelanpassungsstrategie der Bundesregierung wird der dringende Bedarf einer besseren Datenlage deutlich geäußert⁴.

Ein weiteres Problem stellt die Verunreinigung der Grundwasserkörper durch Nitrat, Pestizide und andere bedenkliche Stoffe (z.B. PFAS) dar. Hier sind Landwirtschaft und Industrie gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, dass diese Verunreinigungen vermieden werden. Dem Landwirtschaftsminister stehen allein im heurigen Jahr 3,1 Milliarden Euro Budgetmittel zur Verfügung. Nitrat- und Pestizidverunreinigungen müssten bereits der Vergangenheit angehören, sie sind jedoch in intensiv landwirtschaftlich genutzten Regionen noch immer Realität.

Wie wenig sich die jetzige Regierung das Thema kümmert, zeigt sich auch am Umgang mit der EU-Trinkwasser-Richtlinie aus dem Jahr 2020: Mit öffentlichen Wasserspendern, insbesondere dort, wo es klimatisch notwendig ist und kostenlosem Leitungswasser in Restaurants sollte bundesweit der freie Zugang zu Trinkwasser verbessert werden – angesichts zunehmender Hitzeperioden eine wichtige gesundheitspolitische Maßnahme. Und es ist eine Möglichkeit Klimapolitik und soziale Gerechtigkeit zusammenzudenken, also Herz und Hirn, weil gerade die Hitze im

² BMLRT: Wasserschatz Österreichs - Grundlagen für nachhaltige Nutzungen des Grundwassers, S.6.

³ Rechnungshof: Reihe BUND 2024/1, Reihe NIEDERÖSTERREICH 2024/1: Klimakrise – Herausforderungen für die Wasserwirtschaft in Niederösterreich; S. 12.

⁴ Bundesministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie: Die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel - Teil 2 – Aktionsplan Handlungsempfehlungen für die Umsetzung, S. 123.

Sommer vulnerable Gruppen (Ältere, Kranke oder Kinder) härter trifft und diese auf eine gute öffentliche Infrastruktur, die bei der Bewältigung klimabedingter Hitzeperioden hilft (Wasserspender und Abkühlungsmöglichkeiten), angewiesen sind. Die Richtlinie sollte diesbezüglich innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden. Im Dezember 2022 kündigte der zuständige Konsumentenschutzminister an, dass es im ersten Halbjahr 2023 so weit sein werde. Passiert ist nichts.

Aus diesem Grund stellen die unterfertigten Abgeordneten nachstehenden

Entschließungsantrag

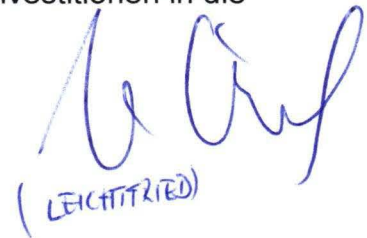
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, zum Schutz unserer Trinkwasserversorgung folgende Maßnahmen zu ergreifen:

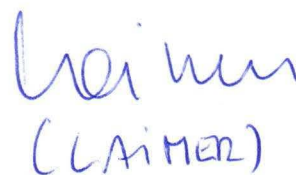
- Bekenntnis zu Wasser als öffentlichem Gut und Ablehnung jeglicher Privatisierungsbestrebungen, egal ob auf nationaler oder europäischer Ebene;
- Verdoppelung der aktuellen Fördermittel zur Aufrechterhaltung und Erneuerung der überwiegend öffentlichen Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung;
- eine Wasserstrategie, die sicherstellt, dass wir 2050 genügend und sauberes Wasser haben;
- landwirtschaftliche Förderungen daran zu knüpfen, dass die Bewirtschaftung zu keinen Grundwasserverunreinigungen durch Nitrat und Pestizide führt;
- ein digitales Melderegister für tatsächliche Wasserentnahmen in Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft;
- Umsetzung der EU-Trinkwasser-Richtlinie um Bürger:innen besseren Zugang zu Trinkwasser zu gewähren;
- Einsatz für einen „Blue Deal“ in der EU: für einen sorgsamen Wasserverbrauch, eine faire Verteilung der Wasserressourcen und mehr Investitionen in die Wasserinfrastruktur.“


(LINKE)


(HERD)


(LEICHTFRIED)


(HERD)


(LAIMER)